



Liebigstrasse 46  
64293 Darmstadt  
Tel. & Fax 06151/8606067  
[www.uffbasse-darmstadt.de](http://www.uffbasse-darmstadt.de)

Darmstadt, den 11. März 2018

## Antrag – Nachrüsten statt Fahrverbote

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Darmstadt sieht die Verantwortung für drohende Fahrverbote sowie drohende Stilllegungen von Kraftfahrzeugen einerseits bei den Herstellern und andererseits beim Kraftfahrtbundesamt und dem zuständigen Ministerium.
2. Die Stadt Darmstadt lehnt Fahrverbote - mit oder ohne blaue Plakette – ab und sieht die Autohersteller in der Pflicht, die Kraftfahrzeuge auf eigene Kosten und sofort so nachzurüsten, dass die Schadstoffemissionen im Realbetrieb die angegebenen Obergrenzen einhalten.
3. Die Stadt Darmstadt sieht in der Mitverantwortung des Kraftfahrtbundesamtes eine besondere Aufgabe der Bundesregierung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Automobilhersteller zur Nachrüstung zu verpflichten.
4. Der Magistrat wird aufgefordert im Deutschen Städtetag, im Hessischen Städtetag und anderen Interessenvertretungen von Kommunen sowie gegenüber der Bundes- und der Landesregierung die unter 1 - 3 beschriebene Position deutlich zu machen.

## Begründung:

In DA sind etwas mehr als 25.000 PKW Fahrzeuge mit Dieselmotoren, nämlich: 25.268 - etwa jeder 3. Fahrzeughalter in DA ist somit Opfer eines organisierten Betrages. Betrug - weil Fahrzeuge verkauft wurden, die nicht die vertraglich zugesagte Leistung erbringen und organisiert weil nicht nur die großen Autohersteller sich regelmäßig abgesprochen haben sondern auch die zuständigen staatlichen Kontrolleure nichts gegen diesen Betrug unternommen haben.

Im Gegenteil, in einem Austauschprogramm zwischen Bundesregierung und Automobilindustrie haben Firmenmitarbeiter die gesetzlichen Vorschriften formuliert, das allein ist schon ein Skandal. Und dann erfüllen die Autos nicht mal die selbst gesetzten Vorgaben – das stinkt zum Himmel.

Egal ob die Gerichte indirekt Fahrverbote erzwingen oder nicht, die betroffenen Autobesitzer haben jetzt bereits den Schaden durch Wertverlust. Fahrverbote würden sie zusätzlich **benachteiligen**. Durch die unerlaubt hohen Emissionswerte tragen die Autohersteller und durch ihre Duldung auch die zuständigen Behörden zu gesundheitlichen Risiken für Bürger und Bürgerinnen **bei und verursachen in den betroffenen Städte inhärente Schäden**. Deren Vertretungsorgane sind in der Pflicht sich für Besserung einzusetzen.

Wir wollen schadstoffarme Motoren statt Fahrverbote. Wir sind es leid, die Schmutzeleien der Autoindustrie und das Nichtstun der zuständigen Regierungsstellen auf Bundesebene auszubügeln.

Die Hersteller müssen den Betrug wiedergutmachen, d.h. die Fahrzeuge so nachrüsten, dass die beim Kauf zugesagten Eigenschaften erfüllt werden - genau darauf muss sie der Gesetzgeber verpflichten. Dass die Firmen sich dagegen sträuben ist klar, das kostet Geld.

Eine Nachrüstung der 15 Mio. Diesel in Deutschland kostet lt. ADAC zw. 1.400 - 3.300€. In Summe wären das 30 Mrd € - weniger als die 36 Mrd€ Jahresgewinn von BMW, VW und Daimler in 2017.

Weitere Begründung mündlich

Fraktion Uffbasse

**Kerstin Lau, Marc Arnold, Jürgen Barth, Georg Hang, Florence Tafesse**